

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1726 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen</td> <td>nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schillerstraße 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	nicht eingetragener Verein, gemäß Art. 9 Abs. 3 GG												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schillerstraße 44												
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)												
	Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen; Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer												
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher												

	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?		
	<p>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilidokG)</p> <p>Der Gesetzentwurf wird als in Teilen verfassungswidrig und gegen die Interessen der Arbeitnehmer*innen, vor allem im Einzelhandel, gerichtet betrachtet und klar abgelehnt.</p> <p>Die beabsichtigte Streichung der Anlassbezugs für Sonntagsöffnungen missachtet den besonderen Schutz von Sonn- und Feiertag aus Art. 40 der Verfassung des Freistaats Thüringen i. V. m. Art. 140 Grundgesetz und Art. 139 der Weimarer Reichsverfassung. Dort heißt es: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt.“ Den damit verbundenen hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Regelung zur Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen und der damit einhergehenden Veränderung des besonderen Charakters dieser durch Arbeits- und Geschäftsruhe geprägten Tage, wird die beabsichtigte Neuregelung nicht gerecht.</p> <p>Weiterhin ist beabsichtigt, das LadÖffG so zu ändern, dass Arbeitnehmer*innen „auf eigenen Antrag“ einen weiteren Samstag im Monat arbeiten (können) sollen. Das wäre in klarer Rückschritt im Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Wenn die betriebliche Notwendigkeit von zusätzlicher Samstagsarbeit behauptet wird, können sie in der Regel nicht ablehnen. Die suggerierte Freiwilligkeit verkennt völlig die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Beschäftigte im Einzelhandel sind grundsätzlich konfrontiert mit familienunfreundlichen und ungünstigen Arbeitszeiten konfrontiert. Wochenendarbeit belastet die Work-Life-Balance, verringert die Vereinbarkeit von Familie Berufe, führt zu vermehrtem Stress und gesundheitlichen Folgen.</p> <p>Viele Arbeitsverhältnisse im Handel entsprechen ohnehin nicht den Kriterien „Guter Arbeit“. Es fehlen Mitbestimmung, die Regelung von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen durch Tarifverträge sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz. Der gesetzliche Schutz darf nicht aufgeweicht werden.</p> <p>Die Beschäftigten insbesondere in den Handelseinrichtungen der Grundversorgung haben erhebliche Leistungen im öffentlichen Interesse zur Bewältigung der Krise erbracht und tun dies auch weiterhin. Sie noch zusätzlich zu belasten und unter Druck zu setzen, geht in die falsche Richtung. Unabhängig von verfassungsrechtlichen Fragen ist der Gesetzentwurf aus Arbeiternehmer*innen-Perspektive abzulehnen.</p>		
5.	<p>Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilidokG)</p> <table border="1"> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)</td><td><input type="checkbox"/> nein</td></tr> </table> <p>Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?</p>	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein		
	<p>In welcher Form haben Sie sich geäußert?</p> <table border="1"> <tr> <td><input type="checkbox"/> per E-Mail</td></tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> per Brief</td></tr> </table>	<input type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
<input type="checkbox"/> per E-Mail			
<input type="checkbox"/> per Brief			
6.	<p>Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilidokG)</p> <table border="1"> <tr> <td><input type="checkbox"/> ja</td><td><input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)</td></tr> </table>	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)		

	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 23.05.2021	